



**Janine Wissler**

Vorsitzende der Partei DIE LINKE  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Sören Pellmann**

Vorsitzender der Gruppe DIE LINKE  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Janine Wissler, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An den  
Bundesminister für Arbeit und Soziales der  
Bundesrepublik Deutschland  
Herrn Hubertus Heil  
Wilhelmstraße 49  
10117 Berlin

Per e-mail: [poststelle@bmas.bund.de](mailto:poststelle@bmas.bund.de)

Berlin, 07.05.2024

**Sören Pellmann, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-75520  
[soeren.pellmann@bundestag.de](mailto:soeren.pellmann@bundestag.de)

**Janine Wissler, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227 74196  
[janine.wissler@bundestag.de](mailto:janine.wissler@bundestag.de)

Sehr geehrter Arbeitsminister Heil,

mit Entsetzen haben wir erfahren, dass die streikenden Beschäftigten von SRW metalfloat in Espenhain von Aussperrung betroffen sind.

Die mutigen Beschäftigten dort kämpfen seit über 180 Tagen für einen Tarifvertrag und höhere Löhne. Als Arbeitsminister haben Sie wiederholt erklärt, die Tarifbindung stärken zu wollen. Um das zu erreichen, muss verhindert werden, dass die Arbeitgeber das Streikrecht durch Aussperrungen unterlaufen.

Die IG Metall wollte den Streik bei SRW aktuell unterbrechen. Über den Weg der Aussperrung versucht der Arbeitgeber den längsten Streik in der Geschichte der Bundesrepublik zu brechen und zu beenden. Aussperrungen waren schon immer ein Instrument der Unternehmen, um das Streikrecht der Gewerkschaften anzugreifen und sind zutiefst undemokratisch. Nicht umsonst heißt es in der Hessischen Verfassung von 1946: „Die Aussperrung ist rechtswidrig.“

Aussperrungen waren in den letzten Jahren nicht an der Tagesordnung, wir befürchten aber, dass das Vorgehen von SRW metalfloat auch für andere Unternehmen beispielgebend sein kann - gerade in einer Zeit, in der es immer wieder öffentliche Debatten seitens Politik und Arbeitgebern zur Einschränkung des Streikrechts gibt. Deshalb geht es nicht allein um die Beschäftigten in Espenhain, es geht um die Sicherung der demokratischen Rechte der Gewerkschaften und das Recht auf Streik.

Wir fordern Sie deshalb auf, eine Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen, die das Streikrecht vollumfänglich garantiert, nicht aushöhlt und alle Formen von Aussperrungen verbietet. Sowohl



sogenannte heiße Aussperrungen wie in Espenhain als auch kalte Aussperrung bei nicht zum Streik aufgerufenen Betrieben.

Sofort umsetzbar wäre die vollständige Streichung des 1986 eingeführten Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetzes (AFG), heute Paragraph 160 SGB III, nachdem Beschäftigte bei kalten Aussperrungen keinen Anspruch auf Leistungen haben. Dieser Paragraph ist damals von der Regierung Kohl gegen den Widerstand der Gewerkschaften und der SPD eingeführt worden, seine Abschaffung ist lange überfällig. Für die Gruppe DIE LINKE im Deutschen Bundestag sagen wir zu, eine solche Gesetzesänderung im Bundestag zu unterstützen und bitten Sie, diese so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen.

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'S. Pellmann'.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Wissler'.

Sören Pellmann und Janine Wissler